

Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **187 (2021)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Schweden

Parlamentsmehrheit für NATO-Beitritt

Nachdem im Parlament die Schwedendemokraten ihre Haltung zum Militärbündnis geändert haben, ist in Schweden erstmals eine Mehrheit für einen NATO-Beitritt vorstellbar. Konkret geht es bei dem Geschäft um eine sicherheitspolitische Allianzoption. Das heisst, Schweden würde zu einem noch zu definierenden «si-



Eine Anbindung zur NATO scheint in Schweden möglich.

cherheitsrelevanten Zeitpunkt» in Erwägung ziehen, über einen NATO-Beitritt zu entscheiden. Für die aktuelle Regierung ist diese NATO-Option keine Alternative. Die rechtsgerichteten Schwedendemokraten sehen jedoch weiterhin nicht eine Mitgliedschaft als Zielvorgabe, sondern versuchen neu die aussenpolitische Handlungsfähigkeit zu

bewahren. «Schon lange sprechen wir uns für den Eintritt in ein Verteidigungsbündnis mit Finnland aus. Jetzt machen wir einen konkreten Schritt in diese Richtung», so der Parteichef der Schwedendemokraten, Jimmie Akesson. Für die nächste Legislaturperiode soll die links-grüne Minderheitsregierung deshalb aufgefordert werden, die nationale Sicherheitsarchitektur um eine Beitritts-Option zu erweitern. Anzunehmen bleibt, dass es sich bei diesem Schritt um reine Parteipolitik handelt, denn laut der schwedischen Aussenministerin Ann Linde sind «diese Art von plötzlichen Änderungen nicht gut. Es untergräbt die Glaubwürdigkeit unserer schwedischen Sicherheitspolitik. Das alles sollte besser und vor allem von uns allen gemeinsam koordiniert werden. So ist das einfach nur ein bedeutend negatives Ereignis für unser Land». Sie zeigt sich deshalb weiter davon überzeugt, dass die schwedische Neutralität am besten zur Sicherheit in Nordeuropa beiträgt. Nachbar Finnland hat die Beitrittsmöglichkeit im Herbst 2020 in seinem Bericht zur Aussen- und Sicherheitspolitik festgehalten.

Frankreich / Vereinigtes Königreich



Halten sich den Rücken frei: britische und französische Fallschirmjäger.

Bild: MoD

CJEF vollständig einsatzbereit

Die Combined Joint Expeditionary Force (CJEF), eine von Frankreich und dem Vereinigten Königreich gemeinsam aufgestellte Eingreiftruppe, ist nun vollständig einsatzbereit. Die anglo-französische Zusammenarbeit geht auf den «Lancaster House treaty for defence and security cooperation» aus dem Jahr 2010 zurück und ist Teil der damals unterzeichneten gemeinsamen Verträge über Verteidigung, Sicherheit und nukleare Zusammenarbeit. Ab sofort stehen 10 000 Soldaten bereit und können lufttransportiert welt-

weit eingesetzt werden. Dazu wurde das französische 2e REP (2. Fremdenlegion-Fallschirmjägerregiment) dem britischen 2 PARA (2. Fallschirmjägerbataillon) angegliedert. Die binationale Einheit ist befähigt, Konflikte hoher Intensität, friedens erzwingende und -erhaltende Operationen, Katastrophenhilfe oder humanitäre Unterstützung durchzuführen. Die Verteidigungsminister beider Länder betonten deshalb, dass CJEF «der Beweis für die engen Verteidigungsbeziehungen sei, dass die gesetzten Meilensteine von vor zehn Jahren erreicht wurden und wir fortan unsere Interessen gemeinsam schützen können».

Vereinigtes Königreich

Insourcing des Atomwaffeninstituts

Unabhängig der Brexit-Regelungen hat die britische Regierung im Dezember bekannt gemacht, die Aufsicht und Kontrolle über das Atomwaffeninstitut (Atomic Weapons Establishment/AWE) wieder zu übernehmen. Das AWE ist für sämtliche Atomwaffen des Königreichs zuständig. Es entwickelt, wartet und würde deren Einsatz unterstützen. Derzeit wird das Institut von den Rüstungsunternehmen Serco,



AWE Standort in Aldermaston, Südengland.

Bild: awe.co.uk

Jacob's Engineering und Lockheed Martin (als Mehrheitsaktionär) im so genannten «Go-

vernement-owned Contractor operated arrangement» geführt. Damit wird ab Juni 2021, nach

über zwei Jahrzehnten, Schluss sein. Offizielles Ziel der Wiedereinlagerung soll sein, die Beziehung des Verteidigungsministeriums mit «seiner» Atomwaffenbehörde zu vereinfachen und zu stärken. Ben Wallace, britischer Verteidigungsminister, erklärte dazu, dass die AWE eine Körperschaft wird, die zu 100% im Besitz seines Ministeriums sein wird.

Die Führung bleibt in den Händen eines «weltweit führenden Teams», indes wird in den nächsten Monaten ein

neuer Verwaltungsrat durch das Verteidigungsministerium bestellt. «Obwohl die bestehenden Vereinbarungen Stabilität in die Organisation gebracht haben, ist das Verteidigungsministerium zum Schluss gekommen, dass AWE ins Ei-

gentum der Regierung zurückkehren wird», erläuterte Wallace dem britischen Parlament. Was das konkret heisst, liess er indes offen. Klar sei, dass sich das Verteidigungsministerium weiterhin auf die Unterstützung «von Spezialisten aus

dem privaten Sektor» verlassen muss, so der Minister. Das gesamte Insourcing soll mittels Wettbewerbes vollzogen werden und drei Jahre dauern.

AWE stand letztmals in der zweiten Jahreshälfte 2020 in

der Kritik, als ein Audit der Finanzaufsichtsbehörde ans Licht brachte, dass eine neue Produktions- und Delaborierungsanlage für Kernwaffen über sechs Jahre im Verzug ist und 146% über dem Kostendach liegt.

Spanien

MQ-9 Bestellung erhalten

Ende November 2020 wurden an Spanien die letzten zwei MQ-9A Reaper Drohnen ausgeliefert. Damit verfügt das Königreich als erstes Land ausserhalb der USA über eine einsatzfähige Drohnenplattform dieser Art. Insgesamt wurden vier Flugzeuge und drei Bodenstationen des neusten Entwicklungsschritts (Block 5) bestellt. Die ersten beiden Geräte kamen bereits im Januar 2020 auf die Halbinsel. Der Ejército del Aire konnte unterdessen durch die spanische Luftaufsichtsbehörde (coronabedingt in enger Zusammen-



Spanische MQ-9 Reaper Drohne.

Bild: General Atomics

arbeit mit den US-amerikanischen Partnern) das für den Betrieb notwendige Tüchtigkeits-Typenzertifikat ausgestellt werden, womit Spanien den Betrieb und die Wartung des gesamten Systems als

«sicher für das Personal am Boden und in der Luft» beurkundet. Auf diese Weise wurde der neuste Block der MQ-9 zum ersten Mal offiziell zertifiziert. Spanien konnte somit die Einführung seines neuen ISR

Drohnen systems innert etwa einem Jahr abwickeln, nachdem die erste Lieferung aus den USA bereits im Januar eintraf. Der Kauf für 158 Millionen Euro wurde im Jahr 2015 durch das Parlament bewilligt. In der Evaluation stand damals auch das israelische Heron System. Dieses wurde aber aus Gründen der Interoperabilität mit anderen NATO-Ländern als nicht zweckdienlich beurteilt. Spanien plant, die MQ-9 für Operationen zur inneren Sicherheit, Friedensförderung zugunsten der UNO und NATO und Terrorismusbekämpfung einzusetzen. Ursprünglich wurde geplant, die Drohne nicht zu bewaffnen.

USA / Somalia

Trump ordnet Abzug an

Der scheidende US-Präsident Trump hat wenige Wochen vor dem Ende seiner Amtszeit den Abzug der «Mehrheit» der US-Streitkräfte aus Somalia angeordnet. Der Abzug aus dem ostafrikanischen Krisenland solle bis Anfang 2021 erfolgen. Ähnliche Pläne hatte Trump zuvor für den Irak, Afghanistan und Deutschland vorgelegt, zuletzt gab es dagegen aber Widerstand im US-Kongress. Derzeit sind rund 700 US-Soldaten in dem afrikanischen Land stationiert.

Die US-Soldaten trainieren dort somalische Sicherheitskräfte und kämpfen gegen die islamistische Al-Shabaab-Miliz. Einige der Soldaten wer-

den demnach in Nachbarländer Somalias verlegt, um weiterhin grenzüberschreitende Einsätze der USA mit Partnern zu ermöglichen.

Der Abzug bedeute «keinen Wandel in der US-Politik», teilte das Pentagon mit. Die USA würden weiterhin gegen «gewalttätige extremistische Organisationen, die unsere Heimat bedrohen könnten», vorgehen. Zugleich werde sichergestellt, «dass wir unseren strategischen Vorteil im Wettstreit der Grossmächte behalten».

Weiter soll die Zahl der US-Soldaten im Irak und in Afghanistan auf jeweils 2500 reduziert werden. Für Deutschland hatte das Pentagon bereits Ende Juli 2020 eine Verringerung der Truppenstärke



Fragile Lage in Somalia.

Bild: afp

von rund 36 000 auf 24 000 Soldaten angekündigt.

Der Abzug der US-Truppen am Horn von Afrika erfolgt in einer angespannten Lage. So ist die Lage in Somalia noch

immer fragil. Das Land war nach dem Sturz des autoritär herrschenden Präsidenten Siad Barre 1991 lange geprägt von Bürgerkrieg, Korruption und Staatszerfall. Der Einsatz in-

ternationaler Friedenstruppen seit 2008 trägt dazu bei, Regierungsstrukturen zu schaffen und das Militär zu reformieren. Anfang Februar soll ein neuer Präsident gewählt werden. Zudem herrscht im Nachbarland Äthiopien, das einen wichtigen Beitrag zu den Friedenstruppen der Afrikanischen

Union in Somalia leistet, ein Konflikt um die Region Tigray. Deshalb mussten bereits Hunderte in Somalia stationierte Soldaten, die aus Tigray stammen, aus Sicherheitsgründen ihre Waffen abgeben. Das wiederum schwächt die Truppe im Kampf gegen die Al-Shabaab.

USA

US-Militär kauft massenhaft Standortdaten von Smartphone-Nutzern

Nicht nur US-Behörden sondern auch das amerikanische Militär kauft Bewegungsdaten von Smartphone-Nutzern auf der ganzen Welt ein. Die Organisationen des Militärs treten dabei nicht direkt als Käufer der Informationen auf, sondern lassen dies von Firmen erledigen, die bei ihnen unter Vertrag stehen. Diese wiederum erhalten die Daten von anderen Unternehmen, insbesondere Babel Street und X-Mode. Betroffen sind wohl weit über 65 Millionen Menschen.

Gegenüber dem Nachrichtensender CNN erklärte der CEO von X-Mode, dass das Unternehmen über die Bewegungsdaten von 25 Millionen Smartphones in den USA und 40 Millionen Geräten in anderen Regionen der Welt verfügt. Wie gross die Abdeckung von Babel Street ist, ist nicht bekannt. Ob die Daten bereits als Grundlage für eine militärische Operation dienen, ist nicht bekannt.

Die Firmen bekommen die Standortdaten von App-Entwicklern. Ein betroffenes Programm ist etwa Muslim Pro, eine muslimische Gebets-App, die insgesamt rund 150 Millionen Mal heruntergeladen wurde. Sie nutzt den Standortzugriff, um Nutzern vor einem Gebet anzuzeigen, in welche Richtung von ihrem Standort aus gesehen sich

Mekka befindet. Die abgefragten Positionsdaten enden schliesslich bei X-Mode. Das Unternehmen zahlt App-Entwicklern Geld dafür, ihr Entwicklungskit in Apps einzubinden. Vergütet wird je nach Anzahl der Nutzer. Eine App mit 50 000 aktiven Usern pro Monat erwirtschaftet so 1500 Dollar.

USSOCOM (das Oberkommando der US-Spezialstreitkräfte) bedient sich des Locate-X-Programms von Babel Street. Laut einem Sprecher des Kommandos sollen die darüber gewonnenen Daten zur Unterstützung von Spezialkräften ausserhalb des Landes verwendet werden. Man würde sich an alle Vorgaben halten, um die Privatsphäre und Freiheiten amerikanischer Staatsbürger zu wahren. Die über Locate-X erfassten Daten sind zwar anonymisiert, die Rückführung auf einzelne Nutzer ist laut einem ehemaligen Mitarbeiter der Firma jedoch sehr einfach.

Zu den anderen Apps, von denen Standortdaten über zwei Stationen an das US-Militär gelangen, zählen unter anderem die muslimische Dating-App Muslim Mingle, ein Client für die Second-Hand-Plattform Craigslist, eine digitale Wasserwaage, eine Schrittzähler-App und ein Programm zur Nachverfolgung von Stürmen. Ein Teil der Entwickler war sich der Datensammlung offenbar nicht bewusst.

USA / Europa / Afrika

Neues «Mega-Kommando»

Die US Army lässt ihre Kommandoposten für Europa und Afrika neu von einem einzigen Viersternegeneral führen. Unter dem Motto «Strong Europe, strong Africa» wird die neue US Army Europe and Africa, oder USAREUR-AF, fortan beide alten Organisationen von der Lucius D. Clay Kaserne in Wiesbaden führen. Vorerst werden die an den jeweiligen Standorten stationierten Einheiten nicht verlegt. Armeesprecher sagten in einer Erklärung, dass die Zusammenlegung der beiden Einheiten dazu diene, die Operationen zwischen den miteinander verbundenen Einsatzgebieten in Europa und Afrika zu straffen.

«Die neue Struktur wird die Effektivität der Führung, die Flexibilität und die Fähigkeit zur Durchführung gross angelegter, gemeinsamer und multidisziplinärer Operationen erhöhen», so Ryan D. McCarthy, damaliger US-Verteidigungsminister. Kommandeur von USAREUR-AF ist General Christopher G. Cavoli, der bereits seit 2018 als «Drei-Sterner» die USAREUR führte. Derzeit stehen Soldaten seines Kommandos in den Operationen Atlantic Resolve, dem Georgian Defense Readiness Training Programm, der Joint Multinational Training Group Ukraine, dem Regional Command East der KFOR im Kosovo und der NATO Enhanced Forward Presence im Einsatz.

Russland



Tu-160M Igor Sikorsky.

Bild: TASS

Verdoppelung der Bomberflotte

Mehr als 400 Mal mussten Kampfjets der NATO-Länder im Jahr 2020 unbekannte Flugzeuge abfangen. Rund 350 Einsätze galten russischen Militärmaschinen. Die Russen fliegen ohne Transponder, kommunizieren nicht mit Fluglotsen und legen keine Flugrouten vor. Deshalb bilden sie eine potenzielle Gefahr für die Zivillaviation und die Sicherheit des Luftraums. Entsprechend sind laut einer NATO-Sprecherin die gemein-

samen Air Policing Missionen der Allianz so wichtig. Diese Einsätze dürften auch in Zukunft relevant bleiben, denn bis 2027 plant das russische Militär insgesamt 32 Tupolew Tu-160 strategische Langstrecken-Überschall-Schwenkflügelbomber in seiner neuesten Variante zu betreiben. Noch während der Sowjetzeit wurden 36 Maschinen gebaut. Aktuell verfügt die russische strategische Bomberflotte über 16 Exemplare, einige davon in der aufgerüsteten Variante Tu-160M. Die Maschine mit einer Startmasse von maximal

275 Tonnen hält sagenhafte 44 Weltrekorde, fliegt 23 Stunden nonstop, trägt 40 Tonnen Nutzlast (Bomben und Raketen) und verfügt über keine Verteidigungswaffen. Der

Gedanke dahinter: Mit 2220 km/h Höchstgeschwindigkeit geht es lediglich darum eine mobile Waffenplattform an ihr Ziel und danach schnellstens wieder «nach Hause» zu

bringen. Ende 2020 führte die erste umgebaute TU-160M mit dem Namen Igor Sikorsky ihren Jungfernflug durch. Sie verfügt über modernste Avionik, neue Triebwerke und

Kommunikations- sowie Steuerungselemente. Bereits im November 2021 soll die erste Maschine des Typs, die gänzlich neu gebaut wurde, fliegen.

Indien / Pakistan

Pakistanischer Soldat bei Gefechten mit Indien in Kaschmir getötet

Bei Gefechten zwischen Indien und Pakistan in der Grenzregion Kaschmir ist Ende Dezember 2020 ein pakistanischer Soldat getötet worden. Er sei im von Pakistan kontrollierten Teil Kaschmirs ums Leben gekommen, teilte das pakistanische Militär mit. Die Armee Pakistans habe das Feuer indischer Streitkräfte erwidert, hiess es weiter. Nähere Angaben zu Opfern und Schäden

auf indischer Seite gab es zunächst nicht.

Die Spannungen und Gefechte zwischen den beiden Atommächten haben sich verschärft, seit Indien 2019 dem indisch beherrschten Teil Kaschmirs den halbautonomen Status entzogen hat. Im August veröffentlichte Pakistan eine Landkarte, die den indischen Teil Kaschmirs Pakistan zuschlägt.

Im Dezember 2020 gab es in der Grenzregion mehrere Zwischenfälle. Pakistan wirft Indien vor, absichtlich Feuer

auf ein Fahrzeug mit Beobachtern der Vereinten Nationen eröffnet zu haben. Allein in der letzten Dezember-Woche bestellte Pakistan dreimal einen indischen Diplomaten ein, um gegen das Nichteinhalten des seit 2003 geltenden Waffenstillstands zu protestieren.

Insgesamt soll Indien im Jahr 2020 nach Darstellung des pakistanischen Aussenministeriums in mehr als 3000 Fällen die Waffenruhe gebrochen haben, dabei seien 28 Menschen getötet und mehr als 250 verletzt worden.

Seit der Staatsgründung beider Länder 1947 kommt es immer wieder zu militärischen Zwischenfällen entlang der 740 Kilometer langen Kontrolllinie, die Kaschmir in ein indisch und ein pakistanisch kontrolliertes Gebiet teilt. Pakistan beansprucht die mehrheitlich muslimische Region Kaschmir im Himalaya ganz für sich. Beide Atommächte kontrollieren jeweils einen Teil des Gebietes und haben deshalb bereits mehrere Kriege gegeneinander geführt.

China

Chinas erfolgreicher Griff nach den Sternen

«Chang'e» heisst eine Göttin aus der chinesischen Mythologie, die mit dem Jadehasen Yútú den Erdtrabanten bewohnt. Stand die Angebetete schon für mehrere Premieren des Raumfahrtprogrammes des Reichs der Mitte Pate, so stellt der bisherige Verlauf der Mondmission mit dem Einsammeln von Gesteinsproben einen regelrechten Triumph für die Machthaber der Volksrepublik dar. Jedenfalls spätestens dann, wenn «Chang'e 5» die zwei Kilogramm Material zur Erde zurückbringt.

Keine Raumfahrtagentur verfügt derzeit über ein so langfristig konsequentes Mondprogramm wie die CNSA (Nationale Raumfahrtbehörde Chinas), kann diese doch die langfristigen Ziele Schritt für Schritt verfolgen. Die Reise von «Chang'e 5» ist daher

als Übung für mehr zu verstehen.

Das Weltraumprogramm ist dabei stark eingebunden in die Ideologie des «Wiedererwachens der chinesischen Nation» von Staats- und Parteichef Xi Jinping. Der hatte schon bei seiner Machtübernahme 2013 die – damals noch eher bescheidenen – Ernungenschaften der eigenen Raumfahrt als Beleg dafür gepriesen, dass der von ihm ausgerufene «Chinesische Traum»

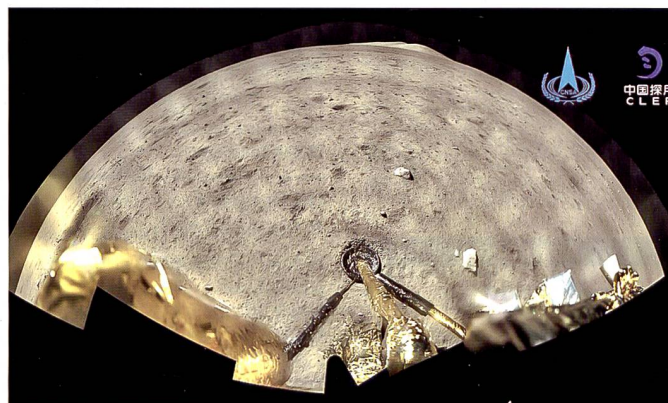
aufgrund höchster technologischer Leistungen erfüllbar sei.

Der Wille Chinas, auch im Weltraum mittelfristig zur weltweiten Nummer eins aufzusteigen, ist gross. Er dokumentiert sich schon allein im Nahziel einer eigenen bemannten Raumstation, die für 2022 angepeilt wird. Nach diesem Zwischenziel rückt der Mond erneut in den Fokus Pekings. Noch vor 2030 soll dort eine bemannte Forschungsstation aufgebaut werden, bevor sogar

Jupiter und Mars im Visier der chinesischen Weltraumforscher auftauchen werden. Bis 2045 will die Volksrepublik in der Lage sein, im Weltall Rohstoffe abzubauen. Angesichts extrem hoher Kosten mutet dies derzeit noch eher utopisch an.

Beim Weltraumprogramm Pekings geht es natürlich nicht nur um zivile, geologische und wirtschaftliche Ziele. Chinas Ambitionen im Weltall umfassen auch eine militärische Dimension. So wurde bereits vor Jahren die «Sicherung der Interessen in Bereichen wie Weltraum und Cyberspace» in die Liste der strategischen Aufgaben der Volksbefreiungsarmee aufgenommen. Was das Reich der Mitte damit unter anderem meint, führte Peking der Welt schon 2007 eindrucksvoll vor Augen, als es einen eigenen Wettersatelliten im All zerstörte.

*Pascal Kohler,
Henrique Schneider*



Chang'e 5.

Bild: CNSA